

Deutschlands Finanzlage und Steuerpolitik.

WVR Berlin, 9. Dezember. (Telegr.)

Auf Einladung des Deutschen Industrie- und Handelslages hielt der Staatssekretär des Reichsschatzamtcs Schiffer heute abend in dem Festsaal der Handelskammer zu Berlin vor einer zahlreichen Zuhörerschaft einen Vortrag über das Thema: „Deutschlands Finanzlage und Steuerpolitik“.

Wenn es, so etwa führte der Redner aus, jemals notwendig war, Klarheit über das Gebot der Stunde in finanzieller Hinsicht zu schaffen, so ist das jetzt der Fall. Die erste Frage ist: „Wie ist unsere Finanzlage?“ Die Antwort darauf kann nur lauten: „Unübersichtlich.“ Immer wieder ist im Reichsschatzamt versucht worden, einen Überblick über den neuen Steuerbedarf des Reiches zu gewinnen. Wenn der Krieg im Herbst zu Ende gegangen wäre — so hatte man zuletzt im Frühjahr berechnet —, würde der Steuerbedarf des Reiches sich auf 14 Milliarden Mark, der der Einzelstaaten und Gemeinden auf 5 Milliarden, zusammen also 19 Milliarden Mark, belaufen, was einem Mehrbedarf von 14 Milliarden Mark gegenüber der Friedenszeit entspröchen hätte, wovon 12 Milliarden auf das Reich und 2 Milliarden auf die Einzelstaaten und Gemeinden entfallen.

Diese ganze Berechnung ist indes durch die Ereignisse in Scherben geschlagen worden. Neue Umstände sind jetzt zu berücksichtigen, in erster Reihe die Forderungen, die die Feinde stellen werden dem Umfang und der Art nach. Wir kennen diese Forderungen nicht. Genaugenommen wissen wir etwas Genaueres über den Umfang, den das Reich in Zukunft durch etwaige Abtretung und etwaigen Zuwachs haben wird. Wir kennen weiter nicht das staatsrechtliche Verhältnis, in dem in Zukunft Reich und Einzelstaaten zueinander stehen werden. Auch die zukünftigen handelspolitischen und wirtschaftlichen Verhältnisse, die als Grundlage dieser Berechnung dienen müssen, sind unbekannt.

Eins nur wissen wir vorläufig: Wir leben von der Hand in den Mund. Alles ist unsicher. Sicher ist nur der Untergang, wenn es so weitergeht, wie es jetzt getrieben wird. Wenn das Wirtschaftsleben zerfallen wird, ist naturgemäß auch der Ausbau des Steuerwesens eine Unmöglichkeit. Unser Land ist an Naturschätzen arm. Es fehlt uns an Erzen, es fehlt uns an Kupfer. Wir wissen nicht, wie lange unser Kohlenvorkommen ausreicht. Unsere Bodenschätze sind nicht so reich, daß sie die beständig anschwellende Bevölkerung ernähren können. Nach allem dem ist es umso notwendiger, daß wir das, was wir haben, festhalten und durch Arbeit vermehren. Auch schon, um unsern Kredit zu stärken. Wie steht es nun aber zurzeit mit dem Arbeiten? und dem Sparen? Das Gegenteil des Erwünschten ist der Fall. Wir vergeuden Geld durch unsachgemäße Staatswirtschaft, und wenn auch nicht etwa die 800 Millionen Mark, von denen in der letzten Zeit so viel die Rede war, in die Taschen der zahlreichen neuen Regierungsorgane geflossen sind, so ist doch tatsächlich sehr viel Geld verausgabt worden, das selbst unter Berücksichtigung der anormalen Verhältnisse nicht hätte verausgabt zu werden brauchen. Dazu kommen die Gütervernichtungen, die Wegnahme von Heereszeug durch Plünderungen und unerlaubte Auktionen usw. Arbeiten mühten wir. In Wirklichkeit sind an der einen Stelle Leute, die nicht arbeiten wollen oder nicht arbeiten können, während an andern Stellen ein Mangel an Arbeitern besteht. Nicht nur die Landwirtschaft, sondern auch die Industrie braucht Arbeitskräfte. Eine richtige Verteilung der Arbeitskräfte wird für die Folge eine der wichtigsten Aufgaben sein, und es muß dafür gesorgt werden, daß die Arbeiter nicht nur nach den Großstädten ziehen, sondern auch auf dem flachen Lande nützbringende Tätigkeit ausüben. Freilich ist nicht überall heute in der Industrie ein Bedarf an Arbeitern. Sehr viele Unternehmer sind zu Betriebseinstellungen geschritten, und man kann ihnen das nicht einmal verdenken, denn gerade der ehrliche Kaufmann kann seine Geschäfte nicht auf der Unsicherheit aufbauen. Zudem wird dem Unternehmer durch mancherlei Eingriffe, berechnete und unberechnete, in die gewerbliche Tätigkeit das Leben sehr erschwert. Die Arbeit verlangsamt, und damit verlangsamt auch der Kredit im In- und Ausland. Es ist tieftraurig, wenn man jetzt hört, daß Bankkredite gerätlich, deutsche Wechsel zurückgewiesen werden. Das Ausland hat eben die Besorgnis, es gehe in Deutschland alles drüber und drunter. Wenn unsere Kreditfähigkeit erschüttert ist, so besteht auch die Gefahr, daß wir einen Frieden roher Gewalt bekommen, statt eines Friedens, der sich darauf aufbaut, daß im Land des Besiegten die Rechtsicherheit fortbesteht. Wir müssen Ruhe und Ordnung, Recht und Gesetz schaffen, nicht bloß aus politischen, sondern auch aus finanziellen Gründen. (Gehefte Zustimmung.)

Die direkten Steuern werden — soviel ist gewiß — antiproduktiv sein, aber sie werden ihre natürliche Begrenzung durch die Stellung finden, die das Kapital im Wirtschaftsleben einnimmt. Die Zeit, in der sich schnell große Vermögen bilden konnten, ist ein für alle mal vorüber, und bei aller Belastung, die die Steuern bringen werden, dürften sie eine günstige Folgeerscheinung haben: eine Senkung der Preise. Erwünscht wäre nun, wenn man dem Wirtschaftsleben sehr bald mitteilen könnte, was für Steuern im einzelnen kommen werden, denn ich habe das Gefühl, daß Deutschlands Volkswirtschaft über jede Steuer hinwegkommt, wenn man nur erst ihren Umfang und ihre Art kennt. Es ist indes nicht möglich, schon jetzt Steuererlasse zu erlassen. Dazu ist ein Zusammenwirken mit den Bundesstaaten, eine Beratung mit sämtlichen Interessenten und vor allem die Stimme der Allgemeinheit, wie sie durch die Nationalversammlung beudet werden soll, erforderlich. Ausnahmen sind allerdings möglich, und die Vorbereitung für eine solche Ausnahme ist die den Gesellschaften bereits gemachte Vorschrift, 50 v. H. ihres gegenüber der Friedenszeit erzielten Mehrgewinns in die Kriegssteuerrücklage zu tun. Das zeigt bereits an, daß die Kriegsabgabe für 1917/18 im Jahre 1918/19 wiederholt werden muß. Ein neues Kriegsteuergesetz wird, insbesondere unter rückwirkender Kraft vom Jahre 1914 an, die großen Kriegsgewinne restlos erfassen, die kleineren Ersparnisse hingegen nach Möglichkeit schonen. Die hohe Besteuerung der Kriegsgewinne entspricht so sehr dem Volksempfinden, daß, weil sie bisher noch nicht restlos durchgeführt ist, von mancher Seite versucht wird, durch eigenen Eingriff das gewünschte Ergebnis zu erzielen. Ich meine hiermit die Vorwegnahme der Kriegsgewinne durch sehr hohe Löhne. Neben der Kriegsteuer wird eine Vermögensabgabe kommen, die sich nicht nur nach

der Verschiedenheit der Objekte (bares Geld, Wertpapiere, Grundbesitz, Fabrikanlage) richtet, sondern auch nach der Verschiedenheit der Subjekte (Alter, Arbeitsfähigkeit). Die Vermögensabgabe soll in Teilbeträgen erhoben werden, und man kann vielleicht daran denken, der Vermögensabgabe teilweise die Gestalt einer Zwangsanleihe zu geben, so daß der Steuerpflichtige für spätere Zeiten mit einem Rückkauf der Abgabe oder eines Teiles der Abgabe rechnen kann. Bei der Steuerzahlung wird die Kriegssteuer eine größere Rolle spielen als bisher. Es wird möglicherweise bei der Vermögensabgabe die Zahlung in Kriegssteuer zur Pflicht gemacht werden, ein Beweis dafür, welche Sicherheit der Kriegssteuer beigemessen wird, und daß man darauf bedacht ist, ihren Preisstand zu heben. Als weitere direkte Steuer erwähnt der Redner eine Anpassung der Besteuerung an die Vermögensabgabe, einen Ausbau der Einkommen- und Ergänzungsteuer, wobei sicherlich die Besteuerung der hohen Einkommen dem Reich vorbehalten und deshalb eine eigne Reichs-Einkommensteuer geschaffen werden müsse.

Sodann wird an eine Betriebssteuer gedacht, die gleichsam an der Quelle hohe Erträge gewerblicher Unternehmen ablassen soll, an eine Kapitalrentensteuer, wie sie in einigen Bundesstaaten bereits erhoben wird, an einen Ausbau der Erbschaftsteuer, die auf Abkömmlinge ausgedehnt und bei deren Höhe auch berücksichtigt werden soll, in welchen Vermögensverhältnissen sich der Erbe befindet. Ein reicher Erbe soll den ihm durch Erbschaft zufallenden Zuwachs an Vermögen höher besteuern als jemand, der bisher ohne Vermögen war.

An indirekten Steuern nannte der Staatssekretär als steuerlich zu erfassenden Gegenstand in erster Reihe den Tabak, und zwar wolle man die Zigarettensteuer, die jetzt von einem Höchstpreise für Zigaretten im Betrage von 7 Pfennig für die Zigarette ausgeht (obwohl in Wirklichkeit der Preis der Zigarette höher ist), entsprechend abändern. Die Zuckerversteuerung werde erhöht werden müssen. Im Grundstücksverkehr werde an die Stelle der jetzigen vielfachen Besteuerung eine freilich mit einer Erhöhung verknüpfte Vereinheitlichung zu treten haben. Vor allem aber werde die Umsatzsteuer ein wichtiges Steuerobjekt bieten, und zwar ist hier auch daran gedacht, die Besteuerung von Luxusergänzen und ähnlichen Gegenständen zu erweitern. Zur Sicherung aller dieser Abgaben wird eine sehr peinliche Reichsaufsicht erforderlich sein. Hohe Strafen werden gegen Steuerverfehlungen festgesetzt werden müssen. Insbesondere soll der, der eine Steuerpflicht verleiht, öffentlich geächtet werden. Gegen die Steuerflucht werden weitere, über die bisherigen Anordnungen hinausgehende Maßnahmen getroffen werden. Es muß verhütet werden, daß zum Zwecke der Steuerhinterziehung Waren in das Ausland gelangen. Für die Bankguthaben wird eine Anzeigepflicht eingeführt werden, die auf die Zeit vor der Revolution zurückgeht. Den Versicherungen bei ausländischen Gesellschaften muß nachgeforscht werden, und ähnliches mehr.

Alle Steuern werden freilich nicht ausreichen, um dem Reiche die Tragung der Lasten zu ermöglichen, vielmehr wird eine unmittelbare Beteiligung des Reiches am Wirtschaftsleben notwendig sein, wie wir sie jetzt bereits haben durch den Besitz an Eisenbahnen, durch die Post, durch Bergwerke, durch die Beteiligung an der Stahlgewinnung und an der Aluminiumgewinnung. Das darf freilich nicht unbegrenzt und schematisch durchgeführt werden, insbesondere auch deshalb, weil man sich damit die Steuerquellen abgraben könnte. Aber die Gefahr liegt in Wirklichkeit nicht vor. Die Regierung hat wiederholt zum Ausdruck gebracht, daß die Sozialisierung nur schrittweise durchgeführt werden soll, daß nicht an Experimente gedacht wird und individuell geprüft werden wird, ob die in Frage kommenden Projekte reif sind oder nicht. Ausgeschlossen sind von vornherein

Gebiete der Ein- und Ausfuhr und Industrien, deren technische Entwicklung noch nicht abgeschlossen ist. Ausgeschlossen ist ferner eine Konfiskation ohne Entschädigung. Als Monopole kommen vielleicht das Versicherungswesen, Wasserkräfte, Teile der elektrischen Versorgung usw. in Betracht. Die Sozialisierung braucht aber nicht immer in der Schaffung von Monopolen zu bestehen. Man kann an Beteiligungen des Staates denken, also an die gemischtwirtschaftliche Unternehmung, an die Bildung von Syndikaten und Kartellen, wobei der sich hierbei aus der Verbilligung der Erzeugung ergebende Sondergewinn dem Reiche zufallen könnte. Die ist — so fuhr der Redner fort — der Grundriß zum Bau. Wird es zum Bauen kommen? Das hängt davon ab, wie sich unsere Feinde uns gegenüber verhalten. Der Staatssekretär wies hierbei darauf hin, daß wir uns nur bereit erklärt hätten, Frieden im Sinne der Wilsonschen Friedensvorschlüge zu schließen, und er betonte weiter, daß es im eigenen Interesse der Feinde liege, uns nicht zu vernichten, denn ein Schuldner könne nur etwas leisten, wenn man ihm die Möglichkeit gebe, sich neu zu entfalten.